



Wir befinden uns im Jahre
2001 n.Chr. Ganz Helvetien
ist von den Anhängern des
Bankgeheimnisses besetzt...

GANZ HELVETIEN?

NEIN!

Eine unbeugsame Organisa-
tion hört nicht auf,
Widerstand zu leisten.

Mit dieser Publikation rekons-
truieren wir den im schweize-
rischen Steuerdiskurs epochalen
Umschwung und zeichnen nach,
wie die eine Hauptforderung der
EvB erfüllt wurde und die an-
dere kurz davor steht.

Als die EvB vor mehr als zehn Jahren den Skandal der Beihilfe zur Steuerhinterziehung thematisierte, war sie tatsächlich beinahe so einsam wie das rebellische Dorf im römisch besetzten Gallien aus den Asterix-Comics. Für die «Wegleitung zur Steuerhinterziehung» (2004) suchte die EvB verzweifelt prominente Schweizer Stimmen, die ihrerseits die Steuerflucht durch den Schweizer Finanzplatz kritisierten. Gefunden hatte sie schliesslich nur eine Handvoll: einen Publizisten, einen Banker, einen ehemaligen Staatsanwalt, einen Professor, einen Alt-Botschafter und einen hohen Bundesbeamten (Deza). Das Thema der steuerhinterzogenen Gelder auf Schweizer Banken wurde verschwiegen, die zentrale Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug war

kaum bekannt. Das «Bankgeheimnis» wurde pauschal zum Schweizer Nationalcharakter und zur wirtschaftlichen Überlebensfrage stilisiert.

Schon 2004 analysierte die EvB: «Der Druck wird hoch bleiben. Er könnte sprunghaft wachsen, wenn es in den USA einen Regierungswechsel gibt.» Die EvB behielt recht. Der Druck auf die Schweiz, der nach dem Abschluss eines ersten Abkommens mit der EU über die Zinsbesteuerung und vor allem dank George W. Bush im Weissen Haus etwas abgenommen hatte, kam nach 2008 mit voller Wucht zurück. Dass steuerhinterzogenes Schwarzgeld das Geschäftsmodell der Schweizer Banken ist, wurde nun schnell zum Allgemeinplatz und ebenso, dass dieses keine Zukunft mehr hat.

UND HEUTE?

AUF DEM WEG ZUR GESUNDEN NORMALITÄT

WO STEHEN NACH ZWÖLF JAHREN UND TURBULENTEN UMWÄLZUNGEN (SIEHE RÜCKSEITE) DIE URSPRÜNGLICHEN FORDERUNGEN DER EVB? MIT DER VERÖFFENTLICHUNG DER RIESIGEN DATENMENGEN DES «OFFSHORELEAK» IM APRIL 2013 HAT DIE INTERNATIONAL BEREITS HEISS LAUFENDE DEBATTE ÜBER STEUEROASEN UND STEUERFLUCHT NOCH EINMAL AN SCHUB GEWONNEN. ES IST ALSO DURCHAUS MÖGLICH, DASS, WAS BEI REDAKTIONSSCHLUSS ENDE MAI GALT, AUCH SCHON BALD WIEDER GESCHICHTE IST.

STEUERHINTERZIEHUNG- STUEBERBETRUG

Am 17. Februar 2013 präsentierte das Eidgenössische Finanzdepartement eine Vernehmlassungsvorlage zur Umsetzung der internationalen Geldwäschereibestimmungen (Groupe d'action financière, GAFI). Neu gelten nach diesem Standard nämlich auch «schwere Steuerdelikte» als Vortat zur Geldwäscherei. Die Schweiz führt deshalb einen neuen Tatbestand von Steuerverbrechen ein. Damit wird zum ersten Mal schwere Steuerhinterziehung zu einem Straftatbestand: wenn mehr als 600 000 Franken nicht deklariert werden, die Steuerbehörden arglistig getäuscht (z.B. durch Offshore-Konstruktionen) oder Urkunden gefälscht werden (das entspricht dem früheren Straftatbestand des Steuerbetrugs). Wird dieser Vorschlag vom Parlament so oder ähnlich umgesetzt, so ist das «Sonderzügli» Geschichte und schwere Steuerhinterziehung ein strafrechtlich relevantes Delikt. Für die EvB ist der Schwellenwert von 600 000 zwar viel zu hoch angesetzt, aber wenigstens ist die grundsätzliche Unterscheidung Steuerhinterziehung – Steuerbetrug passé.

AUTOMATISCHER INFORMATIONSAUSTAUSCH

Lange konnte sich die Schweiz dem Druck der EU für einen automatischen Informationsaustausch deshalb relativ leicht entgegenstellen, weil innerhalb der EU auch Luxemburg und Österreich beim Datenaustausch nicht mitmachten. Doch hier hat die US-Regelung FATCA alles in Bewegung gebracht. Weil beide Länder beziehungsweise deren Banken mit den USA Daten austauschen, können sie dies den anderen EU-Ländern nicht mehr vorenthalten. Luxemburg hat zuerst und Österreich kurz darauf nachgegeben, und beide kündigten die Teilnahme am automatischen Informationsaustausch der EU an. Jetzt sind auch EU-interne Verhandlungen über den Umfang des automatischen Informationsaustauschs möglich. Diese wurden bisher von den beiden Ländern blockiert. Zudem haben Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien und Spanien bereits einen weiter gehenden Informationsaustausch beschlossen, der dem Modell des Abkommens, das diese Länder gemeinsam zur FATCA-Umsetzung mit den USA geschlossen haben, folgt. Am 9. April forderten die fünf Finanzminister in einem Brief an den EU-Steuerkommissar Algirdas Šemeta eine Führungsrolle Europas für «ein globales System des automatischen Informationsaustauschs, das die Verstecke von denjenigen aushebt, die versuchen, ihre Steuerzahlungen zu umgehen». Dass auch die Schweiz beim automatischen Informationsaustausch mitmacht, ist nur noch eine Frage der Zeit. Denn die EU wird sich nicht scheuen, Druck auf die Schweiz auszuüben – zum Beispiel mit dem Marktzugang für Schweizer Banken. Erst recht wird sich die Schweiz nicht gegen einen internationalen Standard stellen können. Auch die Banken haben das inzwischen eingesehen. Mit ihrer Forderung, den automatischen Informationsaustausch nicht mit der EU zu verhandeln, sondern ihn erst zu akzeptieren, wenn er zum «globalen Standard» geworden ist, versuchen sie aber noch einmal, auf Zeit zu spielen.





PROTAGONISTEN



DAS TAX JUSTICE NETWORK

Es war ein verschworenes Grüppchen von AktivistInnen und ExpertInnen, die sich im November 2002 am Europäischen Sozialforum über Steueroasen unterhielt. Ihnen war gemeinsam, dass sie Steuern nicht nur als entscheidendes Instrument zur Bändigung eines entfesselten Kapitalismus sahen, sondern auch als das wichtigste Thema der Entwicklungsfinanzierung betrachteten. Nicht weniger als die Austrocknung aller Steueroasen – schon damals sprach man vom «Offshore-System» – war das Ziel. Das Netzwerk Steuergerechtigkeit hat in vielen Ländern und bei internationalen Organisationen mitgeholfen, die Bekämpfung der Steuerflucht auf die Agenda zu setzen. Heute ist es in kontinentalen Netzwerken und einer globalen Koalition organisiert. Die EvB ist Gründungsmitglied und bis heute Teil dieses Netzwerkes.



HANS-RUDOLF MERZ

Schon als Ausserrhoder Ständerat bekämpfte Hans-Rudolf Merz das Schengen-Abkommen mit der EU, weil es im Bereich der indirekten Steuer etwas mehr internationale Zusammenarbeit brachte. Für die Bremsen und Blockierer war Merz deshalb der Mann der Stunde. Als Finanzminister schätzte er den Druck auf die Schweiz ein ums andere Mal falsch ein. Mit seinen markigen Sprüchen («Zähne ausbeissen») war es aber nicht weit her, weniger als ein Jahr später musste die Schweiz den OECD-Standard über den Informationsaustausch akzeptieren. Merz liess auch dann noch seine Chefbeamten sehr restriktive Bedingungen für die Amtshilfe formulieren – auch diese waren schnell Makulatur, weil sie den Vorgaben der OECD widersprachen.



EVELINE WIDMER-SCHLUMPF

Die Kampfkandidatin, die die Abwahl von Bundesrat Blocher ermöglichte, wechselte nach dem Rücktritt von Hans-Rudolf Merz ins Finanzministerium. Damit änderte sich die Tonlage der Schweiz fast schlagartig auf realistisch-verhandlungsbereit. Noch als Justizministerin hatte Widmer-Schlumpf die Diskussion um die Strafbarkeit der schweren Steuerhinterziehung lanciert, und auf eine ähnliche Weise – während eines Interviews – signalisierte sie, dass sie Verhandlungen über den automatischen Informationsaustausch nicht ausschliesst. Ihre Äusserungen führen regelmässig zu Empörungstürmen im rechten Parteienspektrum.



KONRAD HUMMLER

Der Partner der Sankt Galler Privatbank Wegelin war lange Zeit einer der Kronzeugen der EvB. Er gehörte nämlich zu den wenigen Finanzplatz-Insidern, welche offen zugaben, dass dieser auf das Geschäft mit steuerhinterzogenen Geldern spezialisiert ist. Im Unterschied zur EvB hatte Hummler damit nie ein ethisches oder moralisches Problem. Im Gegenteil, er sah in der Steuerhinterziehung eine legitime Strategie gegen den Staat, vor allem den Sozialstaat, den er hasste: «Jeder Franken, der am Staat vorbeigeht, ist ein gut eingesetzter Franken.» So entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass sich Hummler mit dem falschen Staat anlegte und dabei sein «Lebenswerk verspielt(e)», wie die «NZZ» schrieb. Unter dem Druck einer Klage in den USA musste er die Bank Wegelin an Raiffeisen verkaufen.

Rückzugsgefechte des Schweizer Bankgeheimnisses

9.11.2002 Gründung Tax Justice Network durch EvB und Partnerorganisationen.

13.1.2004 **EvB-Publikation: Wegleitung zur Steuerhinterziehung** mit den Forderungen, die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug aufzuheben und auch in Fällen von Steuerhinterziehung Rechts- und Amtshilfe zu leisten.

20.3.2004 Die Memoiren des Bankiers Hans J. Bär erscheinen. Darin schreibt er, das Bankgeheimnis habe uns **«fett, aber impotent»** gemacht. Die Bahnhofstrasse reagiert mit einem Sturm der Entrüstung, und der Ehrenpräsident der Bank Bär erhält von seiner eigenen Familie einen Maulkorb verpasst.

Der automatische Informationsaustausch zwischen Steuerverwaltungen ist die einzige Möglichkeit, die Gleichbehandlung aller Steuerpflichtigen zu garantieren.

16.1.2006 Erklärung von Bern

Weil Steuerhinterziehung in der Schweiz nicht strafbar ist, kann erstens das Bankgeheimnis nicht gelüftet und zweitens keine Rechts-hilfe geleistet werden.– Will die Schweiz einmal mehr warten, bis sie von aussen unter Druck gesetzt wird?

28.12.2001 Erklärung von Bern

12.3.2007 Ablehnung der Motion **«Steuerhinterziehung zum Vergehen erklären»** im Nationalrat.

14.2.2008 Die erste **Steuersünder-CD** führt zu Strafverfahren. Dem Deutschen Bundesnachrichtendienst werden Bankdaten von rund 800 Personen, die in Deutschland Steuern hinterzogen haben, angeboten. Weitere **Daten-CDs** mit Kunden von Schweizer Banken folgen.

19.6.2008 UBS-Steueraffäre: Der UBS-Banker Bradley Birkenfeld bekennt sich in den USA schuldig AmerikanerInnen beim Steuerbetrug geholfen zu haben. Er packt aus und legt **pikante Details** offen.

21.10.2008 OECD-Länder erhöhen den Druck: **die Schweiz auf der schwarzen Liste?**

Ich denke, wir werden uns Gedanken darüber machen müssen, inwieweit grobe Steuerhinterziehung gleich behandelt werden soll wie der Steuerbetrug.

2.3.2009 Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf

Der Unterschied zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung macht keinen Sinn, und wenn man ehrlich ist, hat er noch nie Sinn gemacht.

15.4.2010 Urs Rohner, damaliger Vizepräsident der Credit Suisse

Man hätte, realpolitisch betrachtet, sicher früher auf die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug verzichten sollen. Diese verstand man im Ausland nie und kennt sie auch sonst nirgendwo auf der Welt.

18.8.2011 Hans Vontobel, Ehrenpräsident der Bank Vontobel

Langfristig kommt der automatische Informationsaustausch. Weil die Abgeltungssteuer so aufwendig ist, sagen immer mehr Banken teils offen, teils hinter vorgehaltener Hand, dass der Informationsaustausch für sie besser wäre.

8.4.2012 Gebhard Kirchgässner, Professor der Universität St. Gallen

Das Bankgeheimnis für Steuerhinterziehung ist faktisch aufgehoben. Dieser Paradigmenwechsel vollzog sich unerwartet rasch und mit enormer Wucht.

3.5.2012 Kaspar Villiger, der als Bundesrat und als UBS-Verwaltungsratspräsident das Bankgeheimnis wiederholt als «nicht verhandelbar» bezeichnet hat.

In fünf Jahren, vielleicht auch in zehn, wird der Name eines Kunden, der hier ein Konto eröffnet, automatisch mit Datum und Ort der Eröffnung der Steuerbehörde seines Heimatlandes übermittelt.

2.9.2012 Philipp Hildebrand, ehemaliger Nationalbank-Chef

Wir haben zu lange gewartet mit der Weissgeldstrategie. Wir haben nur reagiert, dabei war längst absehbar, dass das Bankgeheimnis von der internationalen Gemeinschaft nicht mehr akzeptiert wird. Das Beste wäre es, jetzt anzuerkennen, dass der automatische Informationsaustausch unsere Zukunft sein wird.

17.2.2013 Alt-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, die als Aussenministerin die Schweizer Position jahrelang verteidigt hat, fordert eine proaktive Strategie.

Die Toleranz gegenüber Steuerdelikten hat sich fundamental geändert. Es ist ein ökonomisch unsinniges und moralisch inakzeptables Geschäftsmodell, wissentlich un versteuerte Gelder anzunehmen.

28.05.2013, Urs Rohner, VR-Präsident der CS

Für mich ist es in höchstem Masse moralisch vertretbar, Vermögenswerte von fiskalisch Verfolgten vor dem Zugriff der Behörden zu schützen.

21.4.1999 Bankier Hans-Dieter Vontobel



Die grosse Mehrheit der ausländischen Anleger, die ihr Geld in der Schweiz parkiert haben, umgehen die Steuerpflicht.

1.4.2004 Konrad Hummler, Teilhaber der Sankt Galler Privatbank Wegelin

Die Gelder, die vom Ausland in unseren Finanzplatz fliessen, sind ein Zeichen des Vertrauens in die schweizerische Demokratie. Auch darauf sollten wir stolz sein und müssen uns nicht schämen.

25.4.2004 Urs P. Roth, Bankier, in Reaktion auf die EvB-Publikation «Wegleitung zur Steuerhinterziehung»



Den Angreifern auf das schweizerische Bankgeheimnis kann ich allerdings voraussagen: An diesem Bankgeheimnis werdet Ihr Euch die Zähne ausbeissen. Es steht nicht zur Disposition!

19.3.2008 Bundesrat Merz im Nationalrat

17.11.2008 Die EvB schätzt das ausländische **Schwarzgeld** in der Schweiz auf 1250 bis 3600 Milliarden Franken.

18.2.2009 Die UBS schliesst mit den US-Behörden einen Vergleich, um einer Anklage zu entgehen; sie bezahlt eine Busse von 780 Millionen Dollar. Die Schweizer Bankenaufsicht FINMA verfügt den **Bruch des Bankgeheimnisses** und die Herausgabe von 255 Datensätzen von US-KundInnen der UBS an das US-Justizdepartement. Die USA verlangen weitere 52.000 Kundendaten.

13.3.2009 Lockerung Bankgeheimnis. Die Schweiz gibt dem Druck nach und ihren Widerstand gegen Artikel 26 des OECD-Musterabkommens auf. Damit akzeptiert sie zum ersten Mal, **auch bei Steuerhinterziehung Informationen auszutauschen**.

19.8.2009 Vergleich mit den USA: Die Schweiz verpflichtet sich, **4450 UBS-Kundendaten** zu liefern.

2.11.2009 Bundesrat Merz lanciert die **Abgeltungssteuer** zur Wahrung der Anonymität von Steuerflüchtlingen in der Schweiz.

19.11.2009 EvB und Partnerorganisationen veröffentlichen das Manifest **«Steuerwende»** für einen automatischen Informationsaustausch, unterstützt von der SP, den Grünen und der Unia.

18.3.2010 In den USA tritt FATCA, der **«Foreign Account Tax Compliance Act»**, in Kraft, mit dem die USA ab 2013 von Banken weltweit Informationen über ihre Steuerpflichtigen einfordern.

25.12.2010 Der Bundesrat lehnt in seinen Massnahmen zur Umsetzung der Finanzmarktstrategie zum ersten Mal unmissverständlich un versteuerte Gelder aus dem Ausland ab.

31.8.2011 Campact und Attac sammeln in Deutschland 50.000 Unterschriften gegen das Abgeltungssteuer-Abkommen Schweiz-Deutschland.

3.2.2012 Zum ersten Mal spricht sich ein Banker, Raiffeisen-Chef Pierin Vinzenz, für den automatischen Informationsaustausch aus.

22.2.2012 Weissgeldstrategie vorgestellt. Der Bundesrat schlägt darin neue Sorgfaltspflichten der Banken gegen die Entgegennahme von un versteuerten Geldern vor, setzt aber auch weiterhin vor allem auf Abgeltungssteuerabkommen.

23.11.2012 Deutscher Bundesrat lehnt das Abgeltungssteuer-Abkommen mit der Schweiz ab.

20.12.2012 Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf zeigt zum ersten Mal Bereitschaft, mit der EU über den automatischen Informationsaustausch zu verhandeln.

3.1.2013 Schuldeingeständnis im Fall Wegelin: Otto Bruderer und Konrad Hummler, Teilhaber der Bank Wegelin, gestehen vor einem Gericht in New York ihre Schuld ein, US-BürgerInnen bei der Umgehung der Steuerpflicht geholfen zu haben. Die NZZ titelt «Ein Lebenswerk verspielt». Besonders gravierend wog für die US-Behörden, dass Wegelin die Steuerflüchtlinge von der UBS übernommen hatte. Für einen Sturm im Wasserglas sorgt die Aussage von Bruderer: **«Dieses Verhalten war in der Schweizer Bankbranche üblich.»**

14.2.2013 Unterzeichnung des FATCA-Abkommens durch die Schweiz und die USA. De facto erhalten damit die US-Steuerbehörden alle Informationen über die Schweizer Konten von US-Steuerpflichtigen, den grössten Teil davon automatisch.

4.4.2013 «Offshoreleaks»: 86 JournalistInnen aus 46 Ländern analysieren ein riesiges Datenleck mit Informationen über die Firmenkonstrukte von Steuerhinterziehern. Der politische Druck für Massnahmen gegen Steueroasen steigt schlagartig.

19.4.2013 Die G-20 bezeichnen den automatischen Informationsaustausch als den kommenden internationalen Standard.

14.5.2013 Die EU-Finanzminister stimmen einstimmig für Verhandlungen mit der Schweiz über den automatischen Informationsaustausch.

29.5.2013 Der Bundesrat bringt im Schnellverfahren ein Gesetz ins Parlament, dass es den Banken erlauben soll, mit den US-Justizbehörden zu kooperieren und Personendaten zu liefern. Die «NZZ» bilanziert: «Die Schweiz muss sich bis auf die Unterhosen ausziehen, kann aber wenigstens diese noch anbehalten.»